

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 133 Anfrage Zbinden Samuel und Mit. über die wachsende Ungleichheit im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Samuel Zbinden ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Samuel Zbinden: Gerne nehme ich Sie auf ein Gedankenexperiment mit. Wir sind 120 Kantonsrätinnen und Kantonsräte und sagen wir, dass 1 Prozent davon 1 Person entspricht. Stellen Sie sich vor, dass wir heute Abend im Lichthof einen Apéro durchführen. Dabei würde ein Mitglied unseres Rates auf die grandiose Idee kommen, 42,7 Prozent des Apéros nur für sich zu beanspruchen. Dieses Mitglied findet, es hätte das verdient, weil es das fleissigste des ganzen Rates sei. Weitere 30 Mitglieder würden 47 Prozent des Apéros für sich beanspruchen. Für die restlichen 90 Kantonsratsmitglieder würde noch der kleine Rest von 10 Prozent übrigbleiben. Anhand dieses einfachen Beispiels können wir sagen, dass das nicht fair ist und keinen Sinn macht. Niemand kann 42 Prozent eines Apéros für 120 Personen allein verspeisen. In der echten Welt sieht die Vermögensverteilung im Kanton Luzern leider ziemlich genau so aus. Das reichste Prozent der Luzernerinnen und Luzerner verfügt gemäss Lustat über 42,7 Prozent der Gesamtvermögen. Auf der anderen Seite der Skala besitzen drei Viertel der Haushalte gerade einmal 10 Prozent aller Vermögen. Die Ungleichheit der Vermögen und der Einkommen im Kanton Luzern hat sich in den letzten zehn Jahren sogar noch verschlimmert. Der Anteil des reichsten Prozents ist weiter angestiegen, und die Einkommens- und Vermögensanteile der weniger finanzstarken Haushalte sind noch stärker unter Druck geraten. Diese Entwicklung sollte uns Sorge bereiten. Was geschieht mit dem Zusammenhalt einer Gesellschaft, wenn ein paar wenige einen so grossen und immer steigenden Anteil für sich beanspruchen, während auf der anderen Seite immer mehr Menschen durch hohe Krankenkassenprämien, Mietpreise und die Teuerung unter Druck geraten und sich den Zugang zum Apéro kaum leisten können? Die Antworten der Regierung überzeugen die Grüne Fraktion nicht. Angesichts dieser doch sehr besorgniserregenden Entwicklung schreibt die Regierung: «[...] stellen wir durch die ungleiche Verteilung der Vermögenswerte keine Auswirkungen auf den Zusammenhalt im Kanton Luzern fest.» Auf die Frage, welchen Einfluss die Tiefsteuerstrategie auf den Anstieg der Ungleichheit hat, geht die Regierung in ihren Antworten nicht wirklich ein. Wir hören das Loblied auf die erfolgreiche Strategie und dass Überschüsse eine tolle Sache sind. Überschüsse sind tatsächlich eine tolle Sache. Wenn aber der Grossteil der Luzernerinnen und Luzerner gleichzeitig einen kleinen Anteil am Wohlstand hat und nur ein paar wenige so richtig absahnen können, ist dann eine

Strategie wirklich erfolgreich? Leider wird die geplante Steuergesetzrevision diese Ungleichheit eher verschärfen, als lindern. Der vorgesehene degressive Sozialabzug ist zwar ein gutes Mittel, aber mit den massiven Senkungen der Kapitalsteuer und beim Vorsorgebezug profitieren einmal mehr diejenigen, die bereits jetzt den grossen Teil des Apéros für sich beanspruchen. Die Grüne Fraktion setzt sich für einen Kanton Luzern ein, in dem alle einen fairen Teil des Apéros erhalten, sei es mit einem Nein zur Steuergesetzrevision oder aber mit Investitionen in die Zukunft unserer Bevölkerung.

Michael Ledergerber: Die finanzielle Ungleichheit hat im Kanton Luzern zugenommen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wird für den Kanton oder für uns als Parlament zu einer sehr grossen Herausforderung. In Luzern sind nach Ausrichtung bedarfsabhängiger Sozialleistungen gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) gut 11 000 Personen von Armut betroffen. Wird der Grundbetrag auf den Betrag angehoben, der für Beziehende von Ergänzungsleistungen zur AHV angewendet wird, so erhöht sich die Zahl der von Armut betroffenen Menschen um gut 16 000 Menschen. Im Kanton Luzern sind also 27 000 Menschen betroffen. Die Armutsquote von alleinerziehenden Haushalten ist mit fast 28 Prozent die höchste aller Haushaltstypen. Der Grund ist laut Lustat die erschwerte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In den kommenden Monaten haben wir es in der Hand, endlich einen angemessenen Beitrag für eine zeitgemässe familienergänzende Kinderbetreuung zu leisten. Alleinerziehende Haushalte, die armutsbetroffen sind, aber auch wir alle, der ganze Kanton Luzern, erhalten dadurch bessere Möglichkeiten, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort: «Die Steuergesetzrevision 2025 sieht Entlastungen sowohl für natürliche als auch für juristische Personen vor, wobei die beiden Personengruppen finanziell ungefähr je hälftig berücksichtigt werden. Diesbezüglich fällt die Vorlage für alle Steuerzahlenden ausgewogen aus.» Ausgewogen sieht anders aus, denn die Steuereinnahmen im Kanton Luzern stammen zu fast 80 Prozent von natürlichen Personen und lediglich zu 20 Prozent von juristischen Personen. Die Steuersenkungen für juristische Personen sind im Verhältnis zu den Steuereinnahmen deutlich höher als jene für natürliche Personen. Die verschiedenen Sparmassnahmen der letzten Jahre haben die gesamte Luzerner Bevölkerung stark betroffen. Noch mehr unter diesen Massnahmen zu leiden haben und hatten vor allem armutsbetroffene oder armutsgefährdete Personen. Mit der unsozialen Steuergesetzrevision wird die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgehen. Die soziale Ungleichheit wirkt sich auf das gesellschaftliche Zusammenleben aus. Armut geht uns alle an. Tun wir etwas dagegen und investieren in Leistungen, die der Bevölkerung zugutekommen und einen nachhaltigen Werkplatz Luzern fördern.

Helen Affentranger-Aregger: Die ungleiche Verteilung von Vermögen und die konkreten Zahlen dazu sind eine Tatsache, die Emotionen auslöst. Das Beispiel von Samuel Zbinden mit dem Apéro löst Emotionen aus, aber es ist nicht wirklich vergleichbar. Reflexartig hat man das Gefühl, dass die Vermögenden noch mehr abgeben sollten und damit das Problem gelöst sei. Es könnte aber durchaus ein Szenario möglich sein, dass bei gleichbleibender Steuerbelastung oder gar einer Erhöhung der Steuertarife – was wahrscheinlich der Wunsch des Vorstössers ist – einige der reichsten Luzernerinnen und Luzerner abwandern würden. Es könnte also durchaus sein, dass dann ein wesentlicher Teil der Finanzierung für die soziale Umverteilung fehlen würde. Natürlich handelt es sich dabei um das Worst-Case-Szenario, aber es würde wohl in diese Richtung gehen. Was ist für die Haushalte in bescheidenen Verhältnissen nun wichtiger? Etwas weniger aus den Sozialtransfertöpfen wie Prämienverbilligung, Ausbildungsbeiträge usw. zu erhalten, weil diese Töpfe nicht mehr so gut gefüllt wären, aber dafür zu wissen, dass die Ungleichheiten weniger gross sind? Oder ist

es für diese Haushalte wichtiger, dank den Massnahmen der Umverteilung mittels Sozialtransfer den Schritt über die Armutsgrenze hinaus gehen zu können? Die vergangenen Steuergesetzrevisionen haben gezeigt, dass nach deren Umsetzung grössere Steuererträge erzielt wurden. Die ergriffenen Massnahmen habe ihre erwünschte Wirkung gezeigt. Wenn wir nun die Kapitalsteuer faktisch abschaffen und die Entlastung bei der Patentbox erhöhen, wird dies für forschende Firmen interessanter, und es werden Arbeitsplätze geschaffen. Der Zuwachs von Arbeitsplätzen ist für die ganze Bevölkerung von Vorteil. Der Wirkungsbericht Existenzsicherung sollte aufzeigen, wie die Massnahmen greifen, um armutsbetroffenen Haushalten die Existenz zu sichern. Um diese Massnahmen und Empfehlungen umzusetzen, braucht es eine Finanzierung. Diese Finanzierung wird bestimmt nicht solider, wenn die Superreichen aus dem Kanton abwandern, aber dafür die Ungleichheiten etwas weniger gross wären.

Jasmin Ursprung: Im Rahmen der Steuergesetzrevision wurden bereits Empfehlungen aus dem Wirkungsbericht Existenzsicherung integriert. Somit ist unter anderem sichergestellt, dass auch Familien mit Kindern sowie Personen mit tiefen Einkommen stärker entlastet werden. Die Steuerstrategie des Kantons Luzern hatte in den letzten Jahren Erfolg. Es gab Mehreinnahmen bei den natürlichen Personen, aber auch den juristischen Personen, obwohl der Gewinnsteuersatz 2012 sogar halbiert wurde. In dieser Zeit konnte der Kanton auch seine Schulden abbauen und das Aufgabenwachstum finanzieren. Zudem gibt es die individuelle Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung oder Sozialhilfe, welche ebenfalls diese sogenannten Ungleichheiten abfedern. Zudem sagt auch Lustat, dass der prozentuale Anteil der Bevölkerung des Kantons Luzern seit 2011 nach Berücksichtigung des Sozialtransfers keine wesentlichen Veränderungen von Einkommen unterhalb der Armutsgrenze aufweist.

Michael Hauser: Aus Sicht der FDP-Fraktion wurde die Anfrage durch den Regierungsrat korrekt und pragmatisch beantwortet. Zusammenfasst kann gesagt werden, dass die Instrumente zur Armutsbekämpfung im Kanton Luzern greifen. Das ist dadurch bewiesen, dass sich der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze gemäss Lustat trotz markantem Bevölkerungswachstum prozentual nur unwesentlich verändert hat. Zudem anzumerken ist, dass die Wirtschaft und verschiedene Branchenverbände mittels verschiedener Programme sehr bemüht sind, die Integration in die Arbeitswelt zu fördern. Flüchtlinge und Personen, die nicht mehr im Arbeitsmarkt eingegliedert sind, werden in den Arbeitsprozess integriert. Somit beteiligt sich auch die Wirtschaft sehr aktiv an der Armutsbekämpfung.

Fritz Gerber: Ich schätze Samuel Zbinden sehr, aber den Klassenkampf, den er hier führt, verstehe ich nicht: Die bösen, schlimmen Unternehmen und die reichen Menschen sind gar nicht in Ordnung. Ich empfehle Samuel Zbinden, selber eine Firma zu gründen, ich helfe ihm gerne dabei. Er wird unschwer feststellen, dass er um Reserven von mehreren Hunderttausend oder Millionen Franken froh sein wird, falls die Firma einmal nicht gut läuft. In diesem Fall kann er die Mitarbeitenden behalten, Steuern bezahlen und seinen Beitrag an die Gesellschaft leisten. Dieser Klassenkampf nützt ihm nichts, denn in diesem Rat wird er nie eine Mehrheit für sein Anliegen finden. Wir profitieren alle von den Unternehmen und den reichen Personen. Es braucht alle. Es gibt Länder, in denen es nicht so ist, und das ist schlimm. Das sozialistische Modell, das Samuel Zbinden vorschwebt und das theoretisch funktioniert, hat aber weltweit noch nie funktioniert. Das einzige Land, das es auf sehr tiefem Niveau führt, ist Kuba. Samuel Zbinden soll doch nach Kuba gehen, um sich ein eigenes Bild machen zu können. In Venezuela wurde das sozialistische Modell umgesetzt, und es hat innert kürzester Zeit komplett versagt. Über 1 Million Menschen sind in Nachbarländer geflüchtet. Früher war Venezuela ein reiches Land. Samuel Zbinden sollte versuchen, diese berechtigten Anliegen

einzubringen, aber in einer vernünftigen Form. In diesem Fall helfen wir ihm vielleicht einmal dabei.

Samuel Zbinden: Ich habe das Wort Sozialismus nie erwähnt, und in meiner Anfrage geht es auch nicht darum. Ich danke Fritz Gerber für sein Angebot. Auf eine Reise nach Kuba verzichte ich aus Umweltgründen. Aber bei der Unternehmensgründung komme ich gerne auf ihn zurück. Mir geht es um die Auswirkungen der Ungleichheit auf die Gesellschaft. Ich kann Fritz Gerber gerne anhand einiger Studien zeigen, was es mit einer Gesellschaft macht, wenn die Ungleichheit so extrem ist. Auf dieses zentrale Anliegen meiner Anfrage ist niemand eingegangen. Im internationalen Vergleich ist die Ungleichheit im Kanton Luzern extrem hoch.

Ruedi Amrein: Mich hat die einseitige Darstellung der Grünen Fraktion und der SP-Fraktion ebenfalls gestört. Ich gehe einig mit ihnen, dass die Einkommen aller Luzernerinnen und Luzerner steigen, vor allem auch bei den tiefen Einkommen. Mindestens zwei Argumente vermissem ich von linker Seite aber immer: Einerseits habe ich die Auffassung, dass sich jede Luzernerin und jeder Luzerner ihren oder seinen Möglichkeiten entsprechend anstrengen sollte. Wenn ich mehr Fähigkeiten erhalten habe – und das ist Zufall –, habe ich auch die Pflicht, mehr zu leisten. Nur so kann eine Verteilung erfolgen. Und wer das nicht kann, dem soll geholfen werden. Es gibt aber auch diejenigen, die sich nicht genügend anstrengen, und davon gibt es in unserer Bevölkerung einen Anteil. Das sind aber nicht einfach Personen mit tiefen Einkommen. Wir sollten also eine Differenzierung vornehmen und nicht einfach von allen erwarten, alles an alle zu verteilen. Andererseits müssen wir die Motivation für Personen hochhalten, die mehr leisten und dadurch Mehrerträge erzielen und Mittel bilden, die verteilt werden können. Wir brauchen diese Balance. Diese beiden Argumente vermissem ich immer. Es geht immer nur ums Verteilen. Die Personen, die sich zusätzlich anstrengen und Mittel bilden, die wir wieder verteilen können, werden hier immer diffamiert. Das stört mich. Die Steuergesetzrevision zielt in beide Richtungen: Einerseits entlastet sie tiefe Einkommen, und andererseits fördert sie die Motivation bei den Unternehmen. Die FDP-Fraktion hofft, dass die Steuergesetzrevision angenommen wird.

Marcel Budmiger: Die grössten Vermögen werden leistungsfrei vererbt. Ruedi Amrein hat erklärt, es sei Zufall, ob gewisse Fähigkeiten angeboren sind oder ob diese erlernt werden müssen. Es ist auch Zufall, in welche Familie man hineingeboren wird und in welches Land. Das ist der entscheidende Hintergrund, ob man erfolgreich ist oder nicht, und nicht die Leistungsbereitschaft. Ich kenne sehr viele Menschen, die trotz wenig Leistung ein sehr hohes Einkommen erzielen. Dieser Konnex stimmt so also nicht. Leute mit tiefen Einkommen arbeiten hingegen oft sehr viel und in körperlich anstrengenden Berufen. Gestern hatten wir einen sehr interessanten Austausch mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG). Dabei waren wir uns einig, dass sich die Schere zwischen den Gemeinden nicht weiter öffnen, sondern eher wieder schliessen sollte. Liebe Bürgerliche, wieso gilt das nicht auch für die Menschen?

Sabine Heselhaus: In der ganzen Diskussion wurde die unbezahlte Carearbeit nicht erwähnt. Was Armut angeht, haben wir laut den Nachhaltigkeitszielen eine Pflicht. Das erste Ziel ist es, die Armut zu bekämpfen und gerade jene Missstände zu beheben, was unbezahlte Carearbeit angeht.

Thomas Meier: Ich ärgere mich sehr über den Klassenkampf, den Samuel Zbinden vom Zaun reisst. Ich möchte festhalten, dass diese oberen Zehntausend, die immer aufs Korn genommen werden, wohltätige, sportliche oder kulturelle Institutionen unterstützen. Sie geben ihr Kapital in die Forschung, die Entwicklung und in Start-ups. Sie bezahlen aufgrund der Steuerprogression auch deutlich mehr Steuern. Sie werden nie zu Sozialfällen, und seit

2011 gibt es für die Arbeitgeber und die Besserverdienenden Solidaritätsprozente auf den Lohn, die in die Arbeitslosenkasse einbezahlt werden. Das hilft auch der Gesundung der Arbeitslosenkasse. Ich ärgere mich wirklich darüber, von linker Seite immer wieder solche sozialistischen Ansätze zu hören.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Der Regierungsrat nimmt die Studie von Lustat mit einer gewissen Sorge zur Kenntnis. Gleichzeitig möchte ich festhalten, was bereits getan wurde. Die Statistik von Lustat zeigt eben auch, dass ein Grossteil der armutsbetroffenen Personen mittels Sozialtransfer sehr wohl über die Armutsschwelle gehoben werden kann. Der Regierungsrat hat in der Vergangenheit entsprechende Massnahmen getroffen, und er wird es auch in Zukunft tun, damit sich diese Schere nicht weiter öffnet. Wo können wir ansetzen? Zur Steuergesetzrevision werde ich mich aufgrund der Stimmrechtsbeschwerde heute materiell nicht äussern. Ich komme aber auf andere Punkte zu sprechen: Wir haben Bildungsgutscheine lanciert, um die Bildung zu fördern. Wir haben Projekte zur frühen kindlichen Förderung. Wir haben Instrumente wie die individuelle Prämienverbilligung, die wir erhöht haben und mit der Sie sich im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) befassen werden. Wir haben gestern bereits darüber diskutiert, wie wir im Bereich der Grundversorgung die Hebammen stärken können. Das alles sind exemplarische Beispiele, wie wir dazu beitragen können, die Gesellschaft von Grund auf zu stärken und mit Kompetenzen auszustatten, um sich selbst existenzdeckend über Wasser halten zu können. Mir ist es ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass wir im nächsten Bericht über die Existenzsicherung nochmals eine Analyse vornehmen und, sofern weitere Massnahmen notwendig sind, diese aufzeigen werden.